

UTE VOGT

INFORMIERT

Nr. 5

SPD

Mai 2021



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

dass wir Kinder und Jugendliche so ganz vergessen hätten, war eine der satirisch aufgemachten Botschaften in der „heute-show“ vom letzten Freitag. Nun darf Satire alles, wenn man Kurt Tucholsky folgt, was ich im Grunde gerne tue. Trotzdem lässt so ein Beitrag drastisch die Leistungen unserer Regierungszeit für Familien und Kinder unter den Tisch fallen. Da es der SPD zu verdanken ist, dass es viele Unterstützungen überhaupt gegeben hat, gibt es in diesem Newsletter ein paar Beispiele dazu. Überhaupt ist jetzt die Zeit und die Notwendigkeit, über die SPD in der Regierung zu reden, denn Wahlzeit ist auch Bilanzzeit. Lucia Schanbacher und Dejan Perc starten mit frischen Ideen und einem griffigen Bundestagswahlprogramm in den Wahlkampf - und gewählt wird man selten für Vergangenes. Aber der Hinweis auf unsere Leistungen darf trotzdem nicht wegfallen. Es stärkt die Glaubwürdigkeit, denn der Koalitionsvertrag wurde in nahezu allen wesentlichen Teilen umgesetzt. Unsere Leistungsbilanz gibt die Gelegenheit zu zeigen, wo wir uns von anderen Parteien unterscheiden! Die Stärkung von Arbeitnehmerrechten, soziale Sicherung oder wirksame Gesetze zur Kriminalitätsbekämpfung gegen Hetze und Hass im Internet - bei einer schwarz-grünen Mehrheit wäre hier Fehlanzeige. Verbindlicher Klimaschutz, ökologische Vorgaben für die Landwirtschaft und wiederum der Ausbau der sozialen Sicherung - all das wäre mit einer schwarz-gelben Koalition nicht zustande gekommen. Nun will in der SPD niemand unsere Leidenszeit mit der inhaltsleeren CDU verlängern. Eine Partei, die keine eigenen Ideen hat, aber dafür unsere immer stärker abblockt, ist kein geeigneter Partner mehr und wir haben sie das letzte Mal nur nehmen müssen, weil andere vor der Verantwortung davon gelaufen sind und wir Neuwahlen für den falschen Weg gehalten hätten. Aber für eine Regierungsmehrheit jenseits der Union müssen wir aktiv und präsent sein und den Mund aufmachen. Es reicht nicht, einem Kanzlerkandidaten und den Kandidatinnen und Kandidaten für den Bundestag auf die Schulter zu klopfen und sie freundschaftlich zu beobachten. Also rein in die Arena und munter diskutieren. Den Menschen zuhören, sich auch Unbequemes anhören und unsere Sicht der Dinge herausstellen. Demokratie lebt von Debatte. Gespräche prägen Meinungen und können verändern. In diesem Sinne - auf einen lebhaften Sommer mit viel Austausch, damit im Herbst eine Mehrheit jenseits von CDU und CSU zustande kommt!

Herzliche Grüße

Unsere Politik für Familien, Kinder und Jugendliche

In den letzten Jahren haben wir viel für Familien getan - hier nur ein kurzer Auszug:

Mit dem Gute-Kita-Gesetz stellt der Bund den Ländern einen Instrumentenkasten aus zehn Handlungsfeldern zur Verfügung: Wo auch immer die Länder Bedarf sehen, können sie für mehr Qualität sorgen – etwa für einen guten Betreuungsschlüssel, sprachliche Bildung oder kindgerechte Räume. Außerdem werden insbesondere Familien mit geringem Einkommen bei den Beiträgen für die Kinderbetreuung entlastet. Bis 2022 stellt der Bund den Ländern für mehr Qualität und eine Entlastung bei den Kitabeiträgen 5,5 Milliarden Euro zur Verfügung. Und im Rahmen des Konjunkturpakets wird eine weitere Milliarde Euro zusätzlich für den Ausbau der Kindertagesbetreuung bereitgestellt. Seit dem 1. Januar 2019 gibt es die Brückenteilzeit: Beschäftigte haben damit das Recht, ihre Arbeitszeit für eine begrenzte Zeit (zwischen einem und fünf Jahren) zu reduzieren.



Foto: StockSnap auf Pixabay

Die Familie ist mehrfach zentral in unserem [Wahlprogramm](#) vertreten. Hier ein kurzer Auszug:

„Wir treten dafür an, dass Familien mehr Zeit füreinander haben und dass es einfacher wird, Erwerbs- und Sorgearbeit gerechter zwischen allen Geschlechtern aufzuteilen und Alleinerziehende besser unterstützt werden.

Wir werden ein Vier-Säulen-Modell für mehr Familienzeit einführen.

Wir wollen Hilfen für Kinder, Jugendliche und Familien bündeln, die von Krankheit oder Behinderung betroffen sind.

Wir werden vielfältige Familienmodelle rechtlich absichern.

Um insbesondere jungen Familien den Weg zu den eigenen vier Wänden zu erleichtern, werden wir in angespannten Wohnlagen den Erwerb von Genossenschaftsanteilen erleichtern. Wir werden Mietkaufmodelle fördern und ein Programm „Jung-Kauft-Alt“ für den Erwerb von Bestandsimmobilien, insbesondere in vom Leerstand betroffenen Ortskernen, auflegen.“



Foto: Lourdes ÑiqueGrentz auf Pixabay

Erhalt der Telekom-Ausbildungsplätze in Stuttgart

Zusammen mit Bundestags- und Landtagsabgeordneten sowie Bundestagskandidat:innen der SPD habe ich mich in einem Brief an die Konzernleitung und den Aufsichtsrat der Deutschen Telekom AG für den Erhalt der Ausbildungsplätze und der Plätze für dual Studierende in Stuttgart eingesetzt. Die Telekom plant den Abbau von bundesweit fast jedem fünften Ausbildungsplatz im kommenden Jahr. Nach diesen Plänen würde in Stuttgart die Zahl der Ausbildungsplätze voraussichtlich von 147 auf 63 sinken.

Hat die Telekom bundesweit noch rund 4.000 jungen Menschen eine Ausbildung angeboten, so wären es nach der derzeitigen Planung 2022 nur noch rund 1.800. Das ist ein fatales Signal angesichts der derzeitig besorgniserregenden Lage auf dem Ausbildungsmarkt. Zumal die Telekom, bedingt durch die Corona-Krise, ein Umsatzplus von 42,4 Prozent zu verzeichnen hat.

Mehr Chancen dank neuer Fachkräfte

Mit dem Durchbruch für ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz (FEG), den die SPD-Bundestagsfraktion bei den Koalitionsverhandlungen 2017 nach 20 Jahren Blockade der Union erreichen konnte, wird die Einwanderung erstmals nicht nur für Hochqualifizierte, sondern auch für alle Fachkräfte mit Berufsausbildung geöffnet. Die Vorrangprüfung, also die Frage, ob auch ein Inländer die betreffende Arbeitsstelle antreten könnte, fällt grundsätzlich weg. Ebenso die Begrenzung auf Mangelberufe. Darüber hinaus wird der Zugang von Fachkräften mit beruflicher Qualifikation zum deutschen Arbeitsmarkt auch durch die neuen Regelungen der Einreise zur Arbeitsplatzsuche und zur Ausbildungsplatzsuche erleichtert. Durch die Einführung eines beschleunigten Fachkräfteverfahrens für die Einreise zur Erwerbstätigkeit soll die Feststellung von Berufsqualifikationen und zur Ausbildung die Fachkräftegewinnung künftig effizienter vonstatten gehen. Das zuständige Bundesamt für Migration und Flüchtlinge publiziert regelmäßig Studien über bisherige Schritte, noch offene Lücken und kommende Herausforderungen. Eine der [Studien](#) wurde kurz vor dem Inkrafttreten des FEG veröffentlicht und gibt uns gut ein Jahr später erste Vergleichswerte über die bisherige Wirksamkeit.

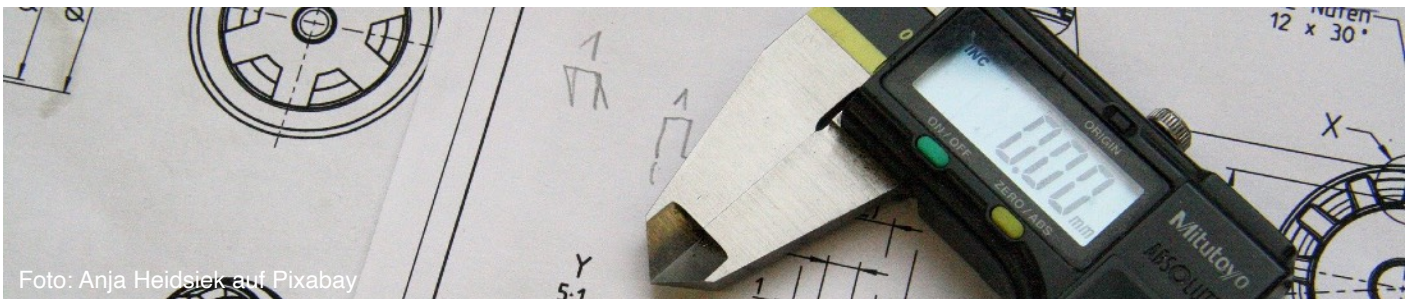


Foto: Anja Heidsiek auf Pixabay

Ja, in Deutschland können wir nun von den neu gewonnen Fachkräften profitieren, aber was können wir ihnen künftig zurückgeben? Ein Auszug aus unserem [SPD-Wahlprogramm](#) gibt einen groben Überblick:

„Integration ist eine permanente gesellschaftliche, wie auch staatliche Aufgabe. Wir möchten allen Menschen, die neu zu uns kommen, den Anspruch auf Integrations- und Beteiligungsangebote gewährleisten. Für das Miteinander stärken wir die Integrations- und Sprachkurse für alle zugewanderten Menschen in Deutschland, zu denen sie – ungeachtet ihrer Staatsangehörigkeit und ihres Aufenthaltsstatus – von Tag eins an Zugang haben sollen. Alle Kinder müssen unmittelbar die Möglichkeit erhalten, eine Kita zu besuchen; auch die Schulpflicht gilt unmittelbar für alle Kinder. Gut integrierten Menschen ohne gesicherten Aufenthalt wollen wir ein dauerhaftes Bleiberecht ermöglichen. Familien gehören zusammen.“

Mehr dazu und über unsere Vorstellung von einem gemeinsamen Zusammenleben allgemein können Sie und kannst Du im Wahlprogramm nachlesen.

In unregelmäßigen Abständen veröffentlicht der Wissenschaftliche Dienst vom Deutsche Bundestag den sogenannten „**Aktuellen Begriff**“. Am 12. Mai ging es um das [Escazú-Abkommen](#) in Lateinamerika und der Karibik. Das von 24 Staaten geschlossene Abkommen schafft einen regionalen Rechtsrahmen, der mehr Partizipation der Bevölkerung und eine bessere Durchsetzung von Menschenrechten in Umweltbelangen ermöglichen soll, mit dem Ziel, eine nachhaltige Entwicklung zu fördern. Das Abkommen verschafft betroffenen indigenen Gemeinschaften und Verteidigern von Menschenrechten in Umweltkonflikten neue Möglichkeiten des Zugangs zu umwelt- und entscheidungsrelevanten Informationen. Denn gerade in den Regionen dieser enormen Rohstoffvorkommen ist die wirtschaftliche Rohstoffausbeutung und die Zerstörung von Ökosystemen und Lebensräumen besonders hoch.

Willkommen zurück in der Innenstadt



Es ist bald soweit und die Bürgerinnen und Bürgern werden wieder in die City strömen. Die Pandemie hat die strukturellen Probleme deutlich gemacht. Die SPD-Bundestagsfraktion plant eine Ergänzung der Städtebauförderung, um Ideen zur Belebung mitzufinanzieren. Wichtig ist dabei auch, mit vielen kleinen Budgets Impulse für die Kultur zu geben. Wichtig war, die Cafés, Restaurants und Kneipen über die Runden zu bringen, damit wir nun wieder in der Sonne sitzen können. Ein Erfolg: Bei den Gastronomen kamen laut dem Hotel- und Gaststättenverband, Stand Mitte Mai, in 90 % der Fälle die November- und Dezemberhilfen an, das Überbrückungsgeld II läuft noch.



Foto: Cubicroot auf Pixabay

Die Corona-Pandemie verstärkt die Strukturveränderungen in unseren Innenstädten und Stadtteilzentren, vor allem im Einzelhandel, aber auch in der Gastronomie, im Hotelgewerbe und in der Kultur. Wir unterstützen die Städte dabei, die Innenstädte lebendig zu halten und notwendige Nutzungsänderungen mitgestalten zu können, unter anderem durch die Einführung eines Gewerbemietpiegels, effektiven Kündigungsschutz und Mietpreisbegrenzungen. Der Handel vor Ort darf steuerlich nicht gegenüber dem Onlinehandel ins Hintertreffen geraten. Damit nicht nur die großen Digitalkonzerne profitieren, werden wir Plattformen für den regionalen Handel und regionale Dienstleistungen fördern. Wir haben dafür gesorgt, dass digitale Handelsplattformen dafür in Haftung genommen werden, wenn Händler, die über die Plattform Geschäfte abwickeln, die Umsatzsteuer nicht zahlen. Wir werden auch weiterhin konsequent gegen Steuerbetrug im Onlinehandel vorgehen.

Buchempfehlung: **Kleiner Bruder** von Ibrahima Balde und Amets Arzallus

Eindrücklich und auf den Punkt beschreibt Ibrahima Balde seine Suche nach seinem kleinen Bruder, der verschwand und die gefährliche Reise nach Europa angetreten zu haben scheint. Dabei erfährt er am eigenen Leib, was der Traum von einem Leben in Europa für so viele junge Männer in Afrika bedeutet: Unsicherheit, Gewalt, Ausbeutung, Einsamkeit, Verzweiflung und erlebt doch gleichzeitig Zusammenhalt, Hoffnung und Zuversicht.



Mein Team in Stuttgart:

Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Tel: 0711 - 5188 90 10
Fax: 0711 - 5188 90 20
E-Mail: stuttgart@ute-vogt.de

Mein Team in Berlin:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 - 227 72894
Fax: 030 - 227 76446
E-Mail: ute.vogt@bundestag.de

